GENDER OPEN REPOSITORIUM

Profitable Wohnungspolitik und die Reproduktionskrise der ‚Anderen' – das Hamburger Bündnis für das Wohnen

Kuschinski, Eva

2019

https://doi.org/10.25595/3634

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kuschinski, Eva: *Profitable Wohnungspolitik und die Reproduktionskrise der ‚Anderen' – das Hamburger Bündnis für das Wohnen*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 28 (2019) Nr: 1, 125–129. DOI: https://doi.org/10.25595/3634.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i1.12

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Profitable Wohnungspolitik und die Reproduktionskrise der ‚Anderen' – das Hamburger Bündnis für das Wohnen

EVA KUSCHINSKI

Die Wohnungsfrage ist vielerorts wieder auf die politische Agenda gerückt. Aus feministischer Perspektive kann die Wohnung[1] als Reproduktionsort und Wohnungspolitik im Zusammenhang mit der Reorganisation sozialer Reproduktion betrachtet werden. Anhand der aktuellen Hamburger Wohnungsbaustrategie möchte ich in diesem Text zeigen, wie Wohnungspolitik ungleiche Reproduktionsbedingungen entlang gesellschaftlicher Machtverhältnisse vertiefen kann.

Hamburg gehört zu jenen Städten, in denen leistbarer Wohnraum für viele immer knapper wird. 2011 hat die regierende Hamburger SPD mit dem Bündnis für das Wohnen eine wohnungspolitische Plattform geschaffen, die eine enge Kooperation zwischen der Wohnungswirtschaft sowie der lokalen Politik und Verwaltung erlaubt.[2] In einer 2016 aktualisierten Vereinbarung verpflichtet sich die Freie Hansestadt Hamburg (FHH), durch Bauförderung, Flächenerschließung sowie schnellere Entscheidungen über Bauanträge eine investitionsfreundliche Stadt zu sein. Im Gegenzug soll die Wohnungswirtschaft jährlich 10.000 Bauanträge zur Genehmigung bringen, wovon ein Drittel gefördert und damit zeitlich begrenzt mietpreisgebunden sein soll (FHH 2016). Tatsächlich hat sich in Hamburg das Neubauvolumen seit 2011 verdoppelt, während jedoch die Angebotsmieten seither um 21% gestiegen sind (JLL o.J.), der Sozialwohnungsbestand sinkt (FHH 2018) und über 150.000 leistbare Wohnungen fehlen (Holm et al. 2018).

Während sich die FHH auf die Fahnen schreibt, durch ihre Wohnungsbaupolitik eine wachsende „Stadt für Alle" zu gestalten (FHH 2017), verschärfen sich die Lebensbedingungen besonders für Haushalte, die von der durch das Bündnis imaginierten Norm der Hamburger*innen abweichen. Darüber, wer diese ‚Anderen' sind, gibt das Bündnis in seiner Erklärung unter dem Punkt „Integrative Wohnungspolitik" Aufschluss: Zu jenen, die es aufgrund erfahrener Benachteiligung am Wohnungsmarkt schwer haben bzw. integriert werden sollen, zählen „neben obdachlosen und wohnungslosen Menschen auch Menschen mit psychischen Erkrankungen, geistigen und mehrfachen Behinderungen, aber auch Alleinerziehende und andere Haushalte" (FHH 2016, 20). Zudem sollen Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund durch ein im Bündnis zu entwickelndes „Leitbild gute Nachbarschaft" integriert werden (ebd., 21).[3] Durch diese hier zu den ‚Anderen' der Hamburger Wohnungspolitik Gemachten kann zwar deutlich gemacht werden, dass sich der ungleiche Zugang zu Wohnraum in der aktuellen Situation noch verschärft. Gleichzeitig stellen sie einen bedeutenden Teil der Hamburger Bevölkerung und keineswegs Ausnahmefälle dar. Auffällig ist jedoch, dass hinsichtlich der Wohnraumversorgung der hier genannten Zielgruppen, die großangelegte Neubaustrategie nicht als Lösungsansatz angepriesen wird, vielmehr wird auf kleinmaßstäbliche Absichtserklärungen oder

https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i1.12

sozialpolitische Maßnahmen jenseits der Bündnispolitik verwiesen (ebd., 20f.). Es liegt auf der Hand, dass die neuen, größtenteils hochpreisigen Miet- und Eigentumswohnungen für Hunderttausende von Hamburger*innen nicht leistbar sind. Dabei handelt es sich um ein strukturelles Problem. Denn allgemeiner betrachtet, geht die Hamburger Wohnungspolitik mit der zunehmend marktförmigen Organisierung öffentlicher Daseinsfürsorge, also des Teils (wohlfahrts-)staatlicher Leistungen, die zur sozialen Reproduktion beitragen, einher. Aus feministischer Sicht werden solche neoliberalen Restrukturierungen des Zugangs zu Reproduktionsmitteln – zu denen ich auch Wohnraum zähle – im Zusammenhang mit vergeschlechtlichten Ungleichheiten diskutiert. Gerade in der Wohnung und Wohnungspolitik kristallisiert sich der Widerspruch zwischen Reproduktion und Verwertbarkeit, der mit seinen ungleichen sozialen Konsequenzen emblematisch für Neoliberalisierungsprozesse ist. Unter krisenhaften Bedingungen, wie der aktuellen Wohnungsnot in Hamburg, wird dieser Widerspruch besonders deutlich.

Die Wohnungsfrage: Reproduktion und Verwertbarkeit

Meines Erachtens besteht der Widerspruch in der Wohnungsfrage zwischen der Wohnung als Ort der alltäglichen Reproduktion(-arbeit) und ihrer warenförmigen Vermittlung. Die Wohnung, die seit dem 19. Jahrhundert zunehmend als Privatsphäre konzeptualisiert wurde, hat sich – durchaus umkämpft – zum Ort der (bezahlten oder unbezahlten) Reproduktionsarbeit durch vornehmlich Frauen* entwickelt. In ihr zeichnet sich ab, wie Reproduktionsarbeit organisiert wurde und wird. Die Wohnung, wie wir sie kennen, ist darüber hinaus räumlich, also bezüglich ihrer Grundrisse und in ihrer gesellschaftlichen Imagination als das Private im Gegensatz zur Öffentlichkeit, eine zutiefst vergeschlechtlichte Konstruktion.
Unterdessen – und auch das ist historisch umkämpft – wird die Wohnraumversorgung vornehmlich marktförmig organisiert. Als Immobilie hat die Wohnung jedoch besondere Wareneigenschaften: So bindet sie Kapital sehr lange, was zwar Überakkumulationskrisen verschieben kann, ihren Bau jedoch für einzelne Kapitalist*innen weniger attraktiv macht, da zunächst viel Kapital aufgebracht werden muss und die Amortisationszeiten sehr lang sind. Das ist einer der Gründe, warum staatliche Wohnungsbauförderprogramme und -politiken sowie investitionsfreundliche Regulierungen für die Bauwirtschaft so wichtig sind. Des Weiteren wird die Wohnung durch Finanzialisierungsprozesse eingebunden in (globale) Kapitalkreisläufe.
Die Wohnung kann also als eine Verräumlichung des Widerspruchs zwischen Reproduktion und Verwertung angesehen werden. Die Wohnungsfrage entsteht, wenn sich dieser Widerspruch zuspitzt, wenn also Staat und Kapital weniger für die Reproduktion der Bevölkerung ausgeben und mehr Menschen in ungleichem Maße von prekarisierten Wohnverhältnissen betroffen sind. Im Anschluss an materialistische Staatstheorien kann man sagen, dass Wohnungspolitik diesen Widerspruch prozessiert und die sozialen Kräfteverhältnisse in Bezug auf die Wohnungsfrage institutionalisiert.

Gerade in der BRD hat sich Wohnungspolitik als Sozial- und Wirtschaftspolitik zugleich institutionalisiert, der Widerspruch verstetigt sich also auch hier.[4]
Als Sozialpolitik hat Wohnungspolitik neben der historischen und zielgruppenspezifischen Milderung der Wohnungsnot auch einen stark disziplinierenden Charakter. So ist sie in der Genese der Sozialpolitik (in Deutschland) eng an Fragen der (‚Sozial'-)Hygiene ausgerichtet und dien(t)e der Erziehung der Arbeiter*innenschaft und dem Ausschluss von ‚Anderen'. Ebenso wird im (Sozial-)Wohnungsbau bspw. durch die Frankfurter Küche, in welcher Hausfrauen alleine und effizient ihre Arbeit verrichten sollten, die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung buchstäblich zementiert. Gleiches gilt für die Eigenheimförderung, die auch in Deutschland vor allem mit Suburbanisierung und einer Verbannung der dort wohnenden Frauen* aus dem innerstädtischen Alltag einhergeht. Zugleich wirkt sie durch die Verschuldung der Privathaushalte disziplinierend. Beide wohnungspolitischen Förderformen weisen eine klare Ausrichtung am heterosexistischen Kleinfamilienideal auf.
Als Wirtschaftspolitik hilft Wohnungspolitik Kapital in die gebaute Umwelt zu verschieben, in diesem Zusammenhang kann die im Nachgang der Finanzkrise verstärkte Investition in sogenanntes Betongold und ebenso der politisch begünstigte Bauboom in Hamburg gesehen werden. Weil die größtenteils freifinanzierten Wohnungen möglichst gewinnbringend produziert werden, entsprechen sie nicht unbedingt den Bedarfen in der Stadt. So werden beispielsweise viele Wohnungen mit hohem Quadratmeterpreis, aber geringer Größe gebaut, weil die Gesamtmiete dann für Einzelpersonen noch bezahlbar ist und sich trotzdem Gewinne erzielen lassen. Die stark maskulinisierte Bauwirtschaft gilt der deutschen Politik zudem als Schlüsselindustrie und ihre Lage als zentraler volkswirtschaftlicher Indikator und auch für die Steuerkassen kann sich ein Bauboom kurzfristig lohnen.

Wirtschaftspolitische Institutionalisierung durch das Bündnis für das Wohnen

Das Hamburger Bündnis für das Wohnen steht mit seinem Fokus auf Neubau für eine klar wirtschaftspolitische Ausrichtung von Wohnungspolitik. Die Schaffung von vornehmlich teurem Wohnraum für Singles und Familien geht Hand in Hand mit einer deutlichen Mittel- und Oberschichtsorientierung. Dadurch wird jedoch vielen, z.B. den in der Bündnisvereinbarung unter dem Punkt „Integrative Wohnungspolitik" versammelten ‚Anderen', ihre alltägliche Reproduktion in Hamburg erschwert. Die wohnungs- und bauwirtschaftlichen Interessen der Bündnispartner können nicht erfüllt werden, wenn Ungleichheiten auf dem Wohnungsmarkt ausgeglichen werden sollen, auch das angestrebte Drittel geförderter Neubauwohnungen ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Blick auf die ‚Anderen' kann als diskursive Strategie gelesen werden, die dem Bündnis erlaubt, deren soziale Lage zum Spezialgebiet jenseits von wohnungspolitischen Handlungsmöglichkeiten zu machen. Dabei sind die krisenhaften Reproduktionsbedingungen von hunderttausenden Hamburger

Haushalten im sozialen Widerspruch zwischen Reproduktion und Verwertbarkeit, der sich in der Wohnung ausdrückt und der in dieser Gesellschaft vergeschlechtlicht ist, sich je nach Klassenlage und rassistischen Ausschlussmechanismen verschärft, begründet.

Erst der massenhaft prekarisierte Zugang zum Reproduktionsmittel Wohnung ermöglicht es der Bau- und Wohnungswirtschaft, daraus Profite zu generieren und zwar vermittelt über die Hamburger Bündnispolitik. Das Bündnis für das Wohnen lässt sich als institutionalisierter Zugriff der Wohnungswirtschaft auf kommunale Ressourcen (Flächen, Administration, Planung, Förderung) und die Reproduktionsweisen der Bevölkerung deuten. Das Lippenbekenntnis der „Stadt für Alle" verdeutlicht den Versuch, eine stark wirtschaftspolitisch ausgerichtete Wohnungspolitik zumindest rhetorisch mit mildernder Sozialpolitik in Einklang zu bringen. Faktisch bleibt der erläuterte Widerspruch jedoch bestehen: Die Reproduktionsbedingungen eines erheblichen Teils der Bevölkerung verschlechtern sich, während die Wohnungs- und Baubranche boomt.

Anmerkungen

1 Die Wohnung steht, analog zum englischen housing, nicht für eine bestimmte Typologie oder Eigentumsform. Es ist egal ob es sich um ein Einfamilienhaus im Eigentum oder eine Einzimmerwohnung zur Miete handelt. Es geht um das Verhältnis zwischen Immobilie und der Praxis des Wohnens, die dort stattfindet.

2 Derartige Bündnisse haben als policy-Modell Schule gemacht. So werden 2016 86 lokale Bündnisse gezählt und auch auf Bundesebene hat sich seit 2014 dieser wohnungspolitische Modus durchgesetzt (BBSR 2017).

3 Zum Zusammenhang von Ideologien sozialer Mischung in der guten Nachbarschaft, rassistischer Ausgrenzung und Strategien der Verbürgerlichung siehe Rinn 2018.

4 Im historischen Block des Fordismus wurde dieser Widerspruch in Form des sozialen Wohnungsbaus zunächst abgemildert, da ein Großteil der (privat finanzierten) Wohnungen jedoch nur temporär eine Sozialbindung hatten, war dieses Projekt der Sozialen Marktwirtschaft von vorneherein ein Spiel auf Zeit.

Literatur

BBSR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2017: Lokale Bündnisse für bezahlbares Wohnen und Bauen in ausgewählten Handlungsfeldern. Bonn.

JLL, o. J: Entwicklung der Angebotsmieten für Wohnungen in Hamburg vom 1. Halbjahr 2009 bis zum 1. Halbjahr 2018 (in Euro pro Quadratmeter). Statista. Internet: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/252775/umfrage/durchschnittliche-mietpreise-fuer-wohnungen-in-hamburg/ (21.12.2018).

FHH, Freie Hansestadt Hamburg, 2016: Bündnis für das Wohnen. Hamburg.

FHH, Freie Hansestadt Hamburg, 2017: Eine Stadt für alle. Wie wollen wir wohnen? Wo können wir bauen? Hamburg.

FHH, Freie Hansestadt Hamburg, 2018: Wohnungsbaubericht Hamburg 2017. Hamburg.

Holm, Andrej/**Lebuhn**, Hendrik/**Junker**, Stephan/**Neitzel**, Kevin, 2018: Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Working Paper Forschungsförderung 063, Hans-Böckler-Stiftung.

Rinn, Moritz, 2018: Ein Urbanismus der Ungleichheit. ‚Neue soziale Stadtpolitik' in Hamburg als Strategie der Verbürgerlichung. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung. 6(1), 9-28.

Doing Art & Feminisms: Künstlerische Interventionen in Felder des Sozialen und Politischen

KATHARINA KOCH

> Als Vehikel von Handlungswissen kann künstlerisches Schaffen eine radikale Verbindung mit der Realität eingehen (…) und zu einem Überlebenswerkzeug werden. Künstlerische Arbeit kann aber auch ein an sich politischer Akt der Selbstverwirklichung und des Empowerments sein, dessen Funktion weit über die eines Multiplikations- und Vermittlungstools hinausgeht. Dazu gehört auch die Fähigkeit von Kunst, Visionen vorstellbar oder gar erfahrbar zu machen, sie in einen Kompass für aktivistische Ziele zu verwandeln und Utopien als mögliche Realität zu setzen. (Micossé-Aikins 2015, 37)

In ihrem Text, dem das Zitat entnommen ist, diskutiert die Kuratorin und Kunstwissenschaftlerin Sandrine Micossé-Aikins die Verschränkung von Kunst und Aktivismus im Hinblick auf Strategien insbesondere Schwarzer Kulturschaffender und solcher of Color, strukturellen Rassismen im Kunstbereich aktiv entgegenzuwirken. Das Zitat zeigt eindrücklich, dass Kunst verschiedene wirkmächtige Ebenen vereint und immer im Kontext ihrer Produktionsbedingungen sowie der Positionierung ihrer Schöpfer*innen untersucht und gelesen werden muss. Wenn nach den Potenzialen von Kunst gefragt wird, in gesellschaftliche Felder und Prozesse zu intervenieren, so geraten nicht nur Möglichkeiten und Grenzen politischer Subversion künstlerischer Positionen in den Blick, sondern vor allem das Kunstfeld als sozialer und politischer Handlungsraum, aus dem heraus agiert wird. In diesem Artikel möchte ich anhand des Projekts Prekäre Kunst (2015-2018), initiiert vom Berliner Kunstraum alpha nova & galerie futura in Kollaboration mit Stacie CC Graham, verschiedene Potenziale, aber auch Konfliktlinien künstlerischer Praxen als feministische Interventionen in herrschende gesellschaftliche Strukturen und Narrative diskutieren. Prinzipiell sind Letztere durch strukturellen Rassismus, Sexismus und Klassismus bestimmt, die zu Ausschlüssen, Ungleichheit und Marginalisierung führen.

Mit Pierre Bourdieu lässt sich der Kunstbereich als machtdurchzogenes Feld verstehen, in dem die Akteur*innen je nach Ressourcenausstattung unterschiedliche Positionen einnehmen (Bourdieu 1999). (Queer-)feministische Theoretiker*innen wie Marion von Osten (2005), Barbara Paul und Johanna Schaffer (2009) sowie

https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i1.13